

Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK)

Von-der-Heydt-Straße 16-18  
10785 Berlin  
Deutschland

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung  
der Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-  
Adresse zu richten.

Geschäftszahl: 2024-0.915.740

Wien, 16. Dezember 2024

Gegenstand: Notifizierung gemäß Art. 27 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und Verwendung des nach dem vereinfachten Verfahren zugelassenen Biozidproduktes „in situ generierter Stickstoff“

## **B e s c h e i d**

Über den von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK), Von-der-Heydt-Straße 16-18, 10785 Berlin, Deutschland (im Folgenden „Antragstellerin“) am 20. November 2024 gemäß Art. 27 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (im Folgenden „BiozidVO“) im Register für Biozidprodukte (R4BP) mit der R4BP-Case Nr. BC-VX101306-13 eingebrachten Mitteilung über die Bereitstellung auf dem Markt und Verwendung eines nach Art. 26 BiozidVO zugelassenen Biozidproduktes ergeht durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie als zuständige Behörde nach § 3 Biozidproduktegesetz, BGBl. I Nr. 105/2013 idgF (im Folgenden „BiozidprodukteG“) folgender

## **S p r u c h**

Die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie bestätigt gemäß Art. 17 und Art. 29 der BiozidVO der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK), dass das Biozidprodukt

*„in situ generierter Stickstoff“*

mit den Handelsnamen und der Zulassungsnummer:

*in situ generierter Stickstoff*

EU-0032922-0000

gemäß Art. 27 Abs. 2 der BiozidVO in Österreich **bis zum Ablauf des 1. August 2034 mit dem Wirkstoff „Stickstoff, aus der Umgebungsluft hergestellt“, auf dem Markt bereitgestellt und verwendet werden darf.**

Die Anlage 1 bildet einen integralen Bestandteil des Spruches dieses Bescheides. Sie enthält die Auflagen und Bedingungen, Gefahrenhinweise und Anwendungsbestimmungen, wie sie der österreichischen Behörde mit der Notifizierung übermittelt wurden. Die genaue Zusammensetzung des Biozidproduktes ist der Behörde bekannt.

Gleichzeitig wird das oben genannte Biozidprodukt mit den angeführten Handelsnamen in das gemäß § 6 BiozidprodukteG im Namen der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie bei der Umweltbundesamt GmbH geführte Biozidprodukte-Verzeichnis eingetragen.

Die Notifizierung wird mit folgenden Auflagen und Bedingungen erteilt:

Gemäß Art. 47 der BiozidVO sind neue Daten und Informationen, die das zugelassene Biozidprodukt oder die darin enthaltenen Wirkstoffe betreffen und sich auf die Zulassung auswirken können, insbesondere über schädliche Auswirkungen auf Mensch, Tier oder Umwelt, oder solche zur Resistenzausbildung des Wirkstoffes der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie schriftlich mitzuteilen. Weiters zu melden sind Informationen über mangelnde Wirksamkeit bzw. unwirksame Konzentrationen oder unwirksame Aufwandmengen des Produktes.

Wird die Zulassung für das Biozidprodukt im Referenzmitgliedstaat aufgehoben, tritt der gegenständliche Notifizierungsbescheid außer Kraft, ohne dass es einer weiteren Aufhebung bedarf. Es gilt der im Referenzmitgliedstaat gewährte Übergangszeitraum.

### **B e g r ü n d u n g**

Am 20. November 2024 hat die Antragstellerin im Wege des Registers für Biozidprodukte mit der R4BP-Case Nr. BC-VX101306-13 die österreichische Behörde über die Bereitstellung auf dem Markt und Verwendung eines nach dem vereinfachten Verfahren zugelassenen Biozidproduktes unterrichtet. Die gemäß § 11 BiozidprodukteG iVm der BiozidprodukteG-GebührentarifV 2014 idGF vorgeschriebenen Gebühren wurden entrichtet.

Die Antragstellerin hat alle gemäß Biozidprodukteverordnung erforderlichen Unterlagen zur Beurteilung der Notifizierungsfähigkeit vorgelegt. Die Voraussetzungen für die Erteilung einer nationalen Zulassung im vereinfachten Verfahren für das Biozidprodukt „*in situ generierter Stickstoff*“ wurden gemäß Art. 25 der BiozidVO im Rahmen des Bewertungsverfahrens in Deutschland geprüft. Die Notifizierungsfähigkeit des Biozidproduktes konnte daher in Österreich festgestellt werden.

Das Biozidprodukt „*in situ generierter Stickstoff*“ wurde in Deutschland bis 1. August 2034 zugelassen. Es war daher festzustellen, dass die Notifizierung der Bereitstellung auf dem österreichischen Markt und Verwendung für das Biozidprodukt „*in situ generierter Stickstoff*“ ebenfalls bis zum Ablauf des 1. August 2034 befristet ist.

Von der Einräumung eines Parteiengehörs konnte abgesehen werden, da dem Antrag vollinhaltlich stattgegeben wird.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

### **Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Bescheid ist das Rechtsmittel der Beschwerde an das zuständige Landesverwaltungsgericht Wien zulässig. Die Beschwerde ist innerhalb von vier Wochen ab Zustellung beim Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie schriftlich im Postwege einzubringen.

Sie hat den Bescheid zu bezeichnen, gegen den sie sich richtet. Zudem hat die Beschwerde die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren und die Angaben, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht ist, zu enthalten.

Für die Bundesministerin:  
Mag.Dr. Thomas Jakl

1 Anlage